



26.09.2017

**Dezernat 5 - Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Abfallwirtschaft
Gesundheitsamt**

**Vorstellung der Ergebnisse der Projektstudie zur ambulanten medizinischen Versorgung
im Landkreis Waldshut**

Beschlussvorlage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Kreistag	11.10.2017	öffentlich	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die vorgestellten Ergebnisse der Projektstudie zur ambulanten medizinischen Versorgungssituation im Landkreis Waldshut zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die Wahrung der ambulanten medizinischen Versorgung wird gemäß übereinstimmender Prognosen in den nächsten Jahren – insbesondere durch die Alterung von Bevölkerung und Ärzteschaft – eine der großen Herausforderungen werden. Der Landkreis Waldshut wird aufgrund der Altersstruktur der hiesigen Hausärztinnen und Hausärzte vom Ärztemangel im ambulanten Bereich besonders betroffen sein. Rund 40 Prozent der Hausärztinnen und Hausärzte im Landkreis Waldshut sind inzwischen älter als 65 Jahre. Viele Arztpraxen können trotz intensiver Suche nicht mit einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger besetzt werden und müssen deshalb geschlossen werden. Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Baden Württemberg (KVBW), die den Sicherstellungsauftrag für den ambulanten ärztlichen Bereich hat, sind gegenwärtig 14 Praxissitze im Landkreis Waldshut nicht besetzt. Aus verschiedenen Erhebungen weiß man, dass Einzelpraxen teilweise 5 bis 10 Jahre nach einem Nachfolger suchen. In anderen Einrichtungen, in denen die ärztliche Tätigkeit auch im Angestelltenverhältnis und in Teilzeit möglich ist und eine Entlastung von administrativen Arbeiten erfolgt, können Arztsitze in der Regel wesentlich schneller nachbesetzt werden. Viel Hoffnung wird in jüngster Zeit auch auf innovative lokale Gesundheitszentren gesetzt, in denen neben Ärzten auch andere Berufsgruppen wie Apotheken, Pflegedienste und sogar kommunale Dienststellen angesiedelt werden könnten.

Im Frühjahr 2016 hat der Landkreis Waldshut auf Grundlage eines Gremienbeschlusses einen Kooperationsvertrag mit dem Institut für Allgemeinmedizin und Interprofessionelle Versorgung der Universität Tübingen und dem Institut für Allgemeinmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein/ Campus Lübeck geschlossen, um die ambulante medizinische Versorgungssituation im hiesigen Landkreis durch ein wissenschaftliches Forschungsprojekt im Detail untersuchen zu lassen. Ziel der Projektstudie ist es, gesicherte Daten über die derzeitige und künftig zu erwartende ambulante medizinische Versorgungsstruktur und die Bedürfnisse der Bevölkerung im Landkreis Waldshut zu gewinnen sowie darauf aufbauend zukunftsfähige Mobilitätskonzepte zu entwickeln und geeignete Standorte für Arztpraxen und lokale medizinische Versorgungszentren zu identifizieren.

Die Laufzeit der Projektstudie war auf ein Jahr angelegt. Innerhalb dieses Zeitraums wurden von den Projektverantwortlichen aus Tübingen und Lübeck zahlreiche Erhebungen und Befragungen durchgeführt:

Neben einer schriftlichen Befragung aller Vertragsärztinnen und Vertragsärzte im Landkreis sowie deren Ergänzung durch Einzelinterviews, wurden von der Universität Tübingen die Versorgungsangebote sowie die Strukturdaten des Landkreises analysiert. Des Weiteren wurden 1.000 Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis hinsichtlich der von ihnen wahrgenommenen Gesundheits- und Lebensqualität im Landkreis befragt.

Das Institut für Allgemeinmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein wird die Ergebnisse der Diskussionsgruppen zum Thema medizinische Versorgung und Mobilität sowie die Ergebnisse von zwei Befragungen der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises vorstellen. An den postalischen Befragungen haben insgesamt 835 erwachsene Bürgerinnen und Bürger des Landkreises von 3.000 angeschriebenen teilgenommen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Bevölkerung des Landkreises noch kontinuierlich durch einen wohnortnahen Hausarzt versorgt. Bei anderen niedergelassenen Fachärzten wurden Wartezeiten auf einen Termin von über einem Monat angegeben.

Die Projektverantwortlichen werden die Ergebnisse der Studie im Rahmen der öffentlichen Kreistagssitzung vorstellen. Mit den Mitgliedern des Kreistags sollen konkret aus den Ergebnissen abzuleitende Maßnahmen diskutiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung ist es wichtig, die Ergebnisse der Studie nach deren Präsentation und Diskussion im Kreistag auch mit der Ärzteschaft und den Verantwortlichen aus den Kommunen eingehend zu diskutieren, um deren Expertise nutzen und gemeinsam praxisnahe und erfolgversprechende Lösungsansätze zu entwickeln. Bei der Realisierung angestrebter Ziele sollten unbedingt auch die Bürgerinnen und Bürger in der Region einbezogen werden, um deren Wünsche und Anregungen angemessen berücksichtigen zu können. Mit der Definition gemeinsamer Versorgungsziele soll u.a. erreicht werden, dass es nicht zu einem „Wettbieten“ der Kommunen im Landkreis um Arztsitze und Praxen kommt.

Die Zahlen aus der Projektstudie sollen dem Landkreis Waldshut auch eine schlüssige und nachvollziehbare Darstellung des regionalen Versorgungsbedarfs gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ermöglichen.

Finanzierung:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Der Anteil des Landkreises Waldshut an diesem Projekt belief sich auf insgesamt 68.000 EUR. Die beteiligten Institute haben einen Anteil von 33.600 EUR übernommen. Dieser Anteil beinhaltet die Kosten für die Arbeit der Universitätsprofessoren, Organisation und Verwaltung sowie Publikationskosten. Ob es als Ergebnis der angestrebten Diskussion der Studienergebnisse mit Ärzteschaft, Kommunen und Bevölkerung zu einem Finanzierungsbedarf durch den Landkreis für mögliche Anschlussprojekte in der Umsetzungsphase kommen wird, muss derzeit offen bleiben.

Dr. Martin Kistler
Landrat